

Correspondent

Ersteinst
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

39. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 19. März 1901.

N^o 33.

Tarifwünsche!

In Nr. 29 des Corr. führt ein Kollege aus Neunruppin das längere die Wünsche der „Provinzkollegen“ vor Augen, welche bei der demnächstigen Tarifrevision zu berücksichtigen sind. Wer die Verhältnisse in der Provinz und damit die der kleinen Druckstädte kennt, wird dem Schreiber des V.-Artikels unbedingt recht geben müssen, daß die „Provinzler“ den Großstädtern gegenüber bedeutend im Nachteile sind.

Es ist nicht zu viel gesagt, wenn behauptet wird, daß die Mehrzahl der Kollegen der Großstadt die Verhältnisse, die Umstände und Nachteile der Kleinstadt gar nicht kennen und falsch beurteilen. Die Lebensbedürfnisse und -verhältnisse der kleinen Städte sind zum Teile, wenn auch nicht höher, so doch ebenso groß und teuer wie die der Großstädte. So ist es hier z. B. der Fall, daß ein lediger Kollege für eine seinen Verhältnissen angepaßte Wohnung wöchentlich 3 bis 3,50 Mk. bezahlen muß, den Mittagstisch mit 50 bis 60 Pf. begleitet, während in Braunschweig die Wohnungen zu 2 bis 2,50 Mk. zu haben sind und der Mittagstisch sich auf 40 bis 50 Pf. stellt. — Schon dieses Beispiel zeigt, daß die Ausnahmebestimmungen fallen, daß die Sozialzuschläge möglichst erniedrigt und allgemein gehalten werden müssen, dafür aber das Minimum erhöht werden muß und zwar mindestens um 10 Proz. Der höhere Lohn in den Großstädten zieht alle Arbeitskräfte an und nur selten wird man in den kleinen Städten einen Kollegen finden, der sich dort länger aufhält als er unbedingt muß. Nur die jüngeren Kräfte verschlagen sich auf kurze Zeit in die Kleinstädte, um ihnen aber auch bald wieder den Rücken zu kehren, denn einmal der minimale Lohnjah, andererseits das eintönige Leben läßt sie nicht lange ausdauern.

Wird nun ein Kollege in der Kleinstadt arbeitslos, so ist doch nur selten darauf zu rechnen, daß er am Orte bleiben kann, er muß fort. . . Während ein arbeitslos gewordener Kollege diesen Umstand auf dem Arbeitsnachweise anmeldet und ruhig abwartet, bis er Nachricht erhält, dort oder dort ist Arbeit, schmürt der Kleinstädter sein Bündel und wandert fort.

Abfassung aller Ausnahmebestimmungen und Erhöhung des Minimums um 10 Proz., das sind die Forderungen, die wir in erster Linie zu stellen haben. Die Prinzipale der Kleinstadt sind zum großen Teile wohl in der Lage, diese Erhöhung zu tragen. In den letzten Jahren sind die Buchdruckereien wie Pilze aus der Erde geschossen, denn vor früher nur eine Druckerei bestand, finden wir heute bestimmt zwei. Statt nun durch gemeinsame Beratung (der Prinzipale) die Preise für die Drucksachen möglichst konkurrenzfähig zu gestalten, werden in dem herrlichen Submissionsverfahren die Preise nach und nach auf eine Stufe gedrückt, daß man nur noch für die „Ghre“ arbeiten sieht. Zum größten Teile wird heute kaum noch die Hälfte bezahlt von dem, was in konkurrenzloser Zeit gefordert und auch beglichen ist. Diese Beispiele stehen nicht vereinzelt da und könnten zu Hunderten angeführt werden. Diesem Uebelstande abzugeben ist freilich nicht unsere Aufgabe, aber er sei hier angeführt, um einen Einwand, den man von Prinzipalsseite so oft hört, „die Drucksachen würden so schlecht bezahlt“ usw., zu schanden zu machen.

Was nun die Verkürzung der Arbeitszeit anbelangt, so ist dieselbe wohl im allgemeinen wünschenswert, aber im Interesse der Kleinstadt liegt sie nicht.

Dann bleibt noch die Lehrlingsfrage zu erörtern. In dieser Sache freilich können die Bestimmungen nicht scharf genug genommen werden, denn besonders in den Kleinstädten finden sich solche Lehrlingsstempel. Hier und da haben sich ja die Zünfte zusammengethan und allgemeine Vorschriften in dieser Frage erlassen, welche sehr zweckdienlicher Natur sind (z. B. die Aufnahmeprüfungen, allgemeine Kontrakte in Bezug auf die Dauer der Lehrzeit, Bezahlung des Lehrlings usw., dann die nicht zu unterschätzenden Gesellenprüfungen), aber immerhin ist es gut, wenn auch im neuen Tarife schärfere Bestimmungen Platz greifen und namentlich die auf diesem Gebiete sehr ausgeklügelten Ausnahmebestimmungen fortfallen.

Schönungen.

tr.

Schnupfkonkurrenz — Lehrlingszucht!

Früher, als das Handwerk noch einen goldenen Boden hatte und der Buchdrucker noch ein Künstler galt und der Geselle zünftig rechtlich erst drei Jahre in der Fremde weilen mußte, ehe er Meister wurde, da hatte der Spruch der freiesten Mutter freiesten Söhne: „Ein armer Reisender bittet um eine kleine Unterstützung“, noch einen ehrbaren, einen guten und schönen Klang. Allein, was ehemals, in früheren Jahren und Zeiten gute Sitte war, ist heute verboten und wird unter Umständen mit „Korrekthaus“ bestraft. Es wird mir wohl als eifriges Mitglied gestattet sein, durch eine kurze, biblische Darstellung der Ueberlieferung dieser Zeiten den Raum des Corr. in Anspruch zu nehmen, denn diese „Fechter“-Lebung, wie sie früher herrschte, besteht dem Wesen nach auch heute noch, wenn sich die Form derselben auch geändert bezw. verkleinert hat. Ist es z. B. etwas anders als „durch die Blume“ gebettet, wenn Hunderte von „Schnupfkonkurrenz“ treibenden Prinzipalen sogenannte „Stadtreisende“ oder sonstige schnabelgewandte junge Leute hinausflattern lassen, um Druckaufträge zu „erhaschen“? Es ist dies wie gesagt eine verblühte, indirekte, potenzierte Bettelerei im wahren Sinne des Wortes; oder steht ein derartiger „Reisender“ unter geheimer Bezeichnung da wie ein Bettler, der vor den mürrischen, misanthropischen „Kunden“ erst die niederträchtigsten Reden anhören muß, ehe er sich tausendmal bedanken kann für eine Bestellung auf 1000 Hausfußwerts zu 2,40 Mk. oder 1000 Quartrechnungen für 3,60 Mk. oder 100 Visitenkarten für 75 Pf.? Gewiß, lieber Leser und werter Kollege, wirst du diese Fragen mit „Ja“ beantworten! Ober: Ist es vielleicht etwas anders als einen „modernen Fechter“ spielen, wenn, was häufig und sogar in „besseren Offizinen“ vorkommt, der Zeitungsverleger Annoncen aus anderen, speziell aber aus Konkurrenzblättern heraus-schneidet und dieselben an die betreffenden Auftraggeber sendet mit der schriftlichen Bitte um gefällige „Auch“zuwendung des Auftrages, die derselbe dann „ausnahmsweise“ mit 75 Proz. Rabatt effektuieren will? Ein verschämtes Almosen sammeln! — Ebenso bettelhaft ausdringlich und ramschgerig ist es, wenn gewisse Prinzipale, wie es nicht nur in großen, sondern auch in mittleren und kleineren Städten der Fall ist, bei Vergebung von Druckarbeiten auf Submissionswege oder bei Abschließen von Jahresabonnements für Annoncen ein derart niederes Maximum aufstellen, daß das Nachkommen für einen Prinzipal, der es einigermaßen mit dem Leben und dem Standeszustande ernst nimmt, ein Ding der Unmöglichkeit ist? Daß bei derartigen Verhältnissen weder von tarifmäßiger Entlohnung noch Arbeitszeit seitens der beteiligten Arbeitskräfte die Rede sein kann, ist so klar als selbstverständlich und ist dies Angeführte einer der wichtigsten Nährboden, von dem die Wurzel des Uebels auf die Gehilfenkreise übertragen werden.

Als zweiten wichtigen Punkt möchte ich erwähnen die „massenhafte“ Nachzucht von Lehrlingen hauptsächlich auf dem Lande. Zu diesem Kapitel könnte ich den Stoff auf der StraÙe auflesen, wenn ich ihn nur möchte. Statt die Ueberproduktion von Arbeitsmaterial einzudämmen und den Eltern vorzustellen, wie unmöglich es ohne Vermögen und ohne besondere Kenntnisse und Glückszufälle, und wie schwer es mit nur bescheidenen Mitteln ist, als Buchdrucker erfolgreich selbstständig zu werden, so züchten doch viele Prinzipale die üppigsten Reinkulturen in kläglichen typographischen Gewächsen und beleben so gewissenlos die Landstraßen mit arbeits- und ziellosen Gehilfen. Nur einige Beispiele. In Obern (Unterfranken), einem lebhaften an der in den Main mündenden Raunach gelegenen Städtchen, murrt der Buchdruckereibesitzer J. Hiltner schon seit Jahren mit vier, zur Zeit drei Lehrlingen, denn sobald ein Ausgelernter den „Aunittelpel“ verläßt, wird ein neuer nachgezogen. Da ich die Verhältnisse genannter Firma genau kenne, kann ich berichten, daß diese jungen Leute, welche das sechzehnte Lebensjahr noch nicht hinter sich haben, durchschnittlich von früh 1/2 Uhr bis abends 7 Uhr (nötigenfalls auch länger) geschäftlich angestrengt sind, ohne Mittag- und Vesperpausen. Daß in derartigen Flaven, wie man hier wohl sagen darf, schon in jungen Jahren der Keim zu frühem Siechtume gelegt wird, ist wohl nicht zu bezweifeln, abgesehen von den Kenntnissen

auf typographischem Gebiete, welche derartige Leute nach Beendigung ihrer Lehrzeit besitzen. Hier wäre wohl am besten eine eingehende Besichtigung der „Bude“ seitens des Herrn Fabrikinspektors angebracht, indem zweifelsohne von Einhaltung der Bundesratsbestimmungen keine Spur ist. — Nebenbei, jedoch nicht so schlimme Zustände sollen bei Streit-Forchheim (Mittelfranken) herrschen, welcher bei zwei, mitunter auch drei nichtorganisierten Gehilfen fünf und mehr Lehrlinge beschäftigt. Auch erzieht Schreiber dieser Zeilen unlängst eine Offerte von Buchdruckereibesitzer Hans Poeschel-Weiden (Oberpfalz) mit 6 Mk. Wochenlohn bei „guter“ Pension. Es ist wohl sehr einleuchtend, daß derartige Firmen die Druckpreise in der ganzen Umgegend drücken und hierdurch nicht nur das Unweise der Schnupfkonkurrenz fördern, sondern den Arbeitslosenmarkt im Laufe der Jahre immer mehr und mehr vergrößern; denn nicht die Einführung der Segmaschine ist es, welche so vernichtend auf die arbeitende Buchdruckerklasse wirkt, vielmehr die Massennachzucht von Lehrlingen hauptsächlich auf dem Lande!

Wünschenswert wäre es daher, daß bei der bevorstehenden Tarifrevision auch dieser beiden Punkte gedacht und zukünftig nach thunlichster Möglichkeit in dieser Beziehung Abhilfe geschaffen wird.

Lauf-Nürnberg.

Hans Welsch.

Korrespondenzen.

P. Berlin. Der Verein aller in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 4. März eine außerordentliche gut besuchte Versammlung ab. Unter Vereinsmitteilungen fanden einzelne Punkte, mit denen sich bereits die vorige Versammlung beschäftigt hatte, ihre Erledigung. Unter anderem gab der Vorsitzende bekannt, daß eine kombinierte Sitzung zwischen den Prinzipalen und dem Vorstande stattgefunden habe, in der über einige strittige Angelegenheiten beraten wurde und über die auch eine Einigung erzielt worden ist, wenn auch nicht zu aller Zufriedenheit. Er ersuchte die Versammlung, dies ebenfalls zu akzeptieren, was nach sehr reger Debatte geschah. Beim 2. Punkte der Tagesordnung: Beratung über die Durchführung der Kongreßbeschlüsse, wurde hervorgehoben, daß die Verhältnisse dazu angethan wären, um dieses Mal Berlin als erste Stadt die Beschlüsse des Dresdener Kongresses zur Durchführung bringen zu lassen. Nach dem Offenbacher-Kongreß war sie die letzte, aber diesmal wolle sie die erste sein, umso mehr, da wir die Forderung betreffs der Einführung des Achtfunderttages bereits 1890 bei unserer Bewegung gestellt haben und dann dieselbe leider nach Gewährung eines einseitigen Berliner Tarifes fallen ließen. Die Prinzipalität hat uns auch eine ziemlich befriedigende Zusage 1897 betreffs Verkürzung der Arbeitszeit gemacht; nur die Prosperität der damaligen Geschäftslage hätte es ihnen nicht erlaubt, dieselbe zu jener Zeit zu bewilligen. Es liegt eigentlich schon im Interesse des Gewerbes selbst, einseitige Grundpositionen zu schaffen und die Angliederung der Lehrlingskassa an die der Buchdrucker heißt doch nur schon bestehendes verlangen. Auch wurde von mehreren Kollegen darauf hingewiesen, daß es bringen notwendig geworden, bei Einstellungen von Lehrlingen seitens der Prinzipalität etwas mehr Anforderungen an die Lehrlinge hinsichtlich der Schulbildung sowohl wie auch der geistigen und körperlichen Gesundheit zu stellen, als dies bisher der Fall gewesen. Ein Antrag, die Arbeitszeit für Berlin auf 8 Stunden festzusetzen, führte zu einer lebhaften Diskussion. Die Abstimmung ergab eine ganz knappe Mehrheit gegen denselben: es waren nur 7 Stimmen weniger als für denselben. Die meisten Redner gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, diese Forderung erst zu stellen, wenn eine Einigung nicht erzielt und zum Auslande übergegangen werden müßte, auch wären dann die Tarifpositionen zu erhöhen. Die Versammlung nahm darauf folgende Resolution an: „Die allgemeine wirtschaftliche Lage sowie die Konkurrenz der Segmaschinen haben für das Schriftgießergewerbe Verhältnisse gezeitigt, die es unbedingt notwendig erscheinen lassen, folgende Forderungen an die Prinzipalität zu stellen. 1. Verkürzung der Arbeitszeit um 1/2 Stunde; 2. die Erhöhung des Minimums auf 30 Mk.; 3. Eine Lehrlingskassa analog der der Buch-

drucker, auch dürfen unter keinen Umständen Arbeiter, welche nicht eine vierjährige Lehrzeit als Schriftgießer absolviert haben, an den Maschinen usw. beschäftigt werden; 4. Die Lehrlinge sind in den Hauptfächern der Schriftgießerei auszubilden (im Hand- und Komplettmaschinen-güsse, im Fertigmachen und Höhehebeln, sowie im Justieren). Die Verammlung ist sich bewußt, daß es wünschlich ist, bei der jetzt vorhandenen Anzahl von unbesetzten Maschinen diese Forderungen zu bewilligen und erklärt ferner, daß von diesen minimalen Forderungen nicht abgegangen werden dürfe.“ Eine Kommission von 5 Mitgliedern wurde beauftragt, diese Resolution der Prinzipalität zu unterbreiten und mit derselben in Unterhandlungen zu treten. Die Verammlung wünscht in kurzer Zeit hierüber Berichterstattung. Mit einem kräftigen Hoch auf die Solidarität schloß der Vorsitzende die vorzüglich verlaufene Verammlung.

th. Essen. Am 3. März hielt der hiesige Bezirksverein seine erste diesjährige Bezirksverammlung in Gelsenkirchen ab, welcher eine Allgemeine Buchdruckerverammlung vorausging. Besucht war dieselbe ziemlich gut, und zwar waren aus Essen 34, Gelsenkirchen 31, Schelle 5, Wattenscheid 4, Bochum 7, Steele 2 und Düsseldorf 1 Kollege anwesend. Kollege Heinzius-Gelsenkirchen eröffnete die Allgemeine Buchdruckerverammlung, worauf Kollege Ewald Müller-Essen das Wort zu seinem Referate über: „Wert und Bedeutung der Deutschen Buchdruckerorganisation!“ nahm. Kollege Müller wies in klaren und verständlichen Worten darauf hin, welchen Wert und welche Macht die Organisation unsers Gewerbes hat, nicht nur in materieller, sondern auch politischer Beziehung. Dann schilberte Redner noch speziell die Verhältnisse im Gau Rheinland-Westfalen, in welchem jetzt 300 Firmen den Tarif anerkannt haben und 6386 Gehilfen zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiten. Die Mitgliederzahl ist in den letzten 3 Jahren von 400 auf 2000 gestiegen. Er mahnte zur Agitation von Mund zu Mund und forderte die anwesenden Nichtmitglieder auf, sich in den Verband aufnehmen zu lassen. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. Kollege Schöredt suchte den Nichtmitgliedern den Wert der Organisation handgreiflich zu machen und bemerkte, daß zur Zeit, wo er noch Gehilfe gewesen sei, die Arbeitszeit 12 und sogar 15 Stunden betragen habe und daß die Gehilfen jeden Sonntagvormittag einige Stunden hätten ins Geschäft kommen müssen. Der Verband sei es gewesen, der diese Mißstände beseitigt habe, wie sei es zu verdanken, daß an Stelle der früheren n. B. Berechnung die Alphabetsberechnung eingeführt worden sei, der Verband sei es, welcher den Kollegen in jeder Notlage zur Seite stehe, sei es Krankheit, Unzufriedenheit, Arbeitslosigkeit, Unzug, auf der Reise, bei Rechtschutz usw. usw. Auch er forderte zum Beitritte in den Verband auf, wozu zur Zeit erst recht Ursache vorhanden sei wegen der starken Einführung der Segnmaschine, welche ja auch jetzt in Gelsenkirchen ihren Einzug gehalten hätte. — Kollege Heinzius-Gelsenkirchen besprach die Verhältnisse am Orte und gab bekannt, daß in einer leghin stattgefundenen Verammlung des Gutenbergs-Bundes ein Mitglied desselben (Fischer) sich dahin geäußert habe, daß er sich an der diesjährigen Tarifbewegung nicht beteiligen werde, wie er dieses auch 1896 nicht getan habe. Infolgedessen seien sofort 3 Gutenbergs-Bündler ausgetreten, da ihnen dieser Tabak doch etwas zu stark gewesen sei. Kollege Heinzius schlug für Gelsenkirchen eine Erhöhung der Grundpositionen um 10 Proz. und 10 Proz. Lokalszuschlag vor. — Ein Gutenberg-Bündler der Buchdruckerei Münstermann, namens Ludolph, machte hierauf die Mitteilung, daß seit 2 Monaten 14 Mann ihren Punktstempel verlassen hätten wegen der bestehenden Mißstände. Unter anderem würde öfters verlangt, daß bis abends 11 Uhr gearbeitet werden müßte, natürlich ohne Bezahlung! Infolgedessen sei auch er (Redner) aus dem Bunde ausgetreten und melde sich hiermit zum Verbands. (Allgemeines Bravo!) — Kollege Müller bat, nicht so ängstlich zu sein und nicht einen so entmutigenden Geist in die Verammlung zu tragen. Es käme nicht auf einzelne Druckereien an, wie das vielfach und auch hier in Gelsenkirchen von Münstermann angenommen würde, sondern es läge nur an der Einigkeit der Kollegen. Im Jahre 1896 sei es bedeutend schlechter gewesen als jetzt. Kollege Heinzius brachte eine Resolution ein, wonach eine Erhöhung der Grundpositionen stattfinden solle, was einmütig, und daß der Tarif unter allen Umständen nur zwei, höchstens aber drei Jahre Gültigkeit besitzen solle, was mit großer Mehrheit angenommen wurde. Hierauf gab Kollege Schöredt noch ein kurzes Bild über die bis jetzt eingelaufenen Statistiken, welche ein sehr günstiges Resultat zeigten, und schloß darauf die Allgemeine Buchdruckerverammlung! — Nach kurzer Pause wurde in die Verhandlungen der Bezirksverammlung eingetreten. Unter Geschäftlichen wies Kollege Schöredt auf das Abbleiben der beiden Kollegen Klipper-Essen und Vanderhand-Worbeck hin, zu deren Andenken sich die Verammelten von ihren Sigen erhoben. Kollege Adamczewski verlas dann den Kasienbericht, aus dem folgendes hervorgehoben sei. Mitgliederstand am 1. Januar 1900 211; Mitgliederstand am 1. Januar 1901 281; Mitgliederstand des alten Bezirks Essen mit Bochum vor der Teilung 274; Mitgliederstand des neuen Bezirks Essen nach der Teilung 182. — Der Bezirk Essen hat also nunmehr 7 Mitglieder mehr als früher der alte Bezirk mit Bochum zusammen und seit der Teilung einen Mitgliederzuwachs von rund 100 zu verzeichnen. Gesamteinnahme 14374,19 Mk.; Gesamtausgabe 6553,53 Mk. — Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Dedarghe erteilt. Hierauf wurde der

Bezirksvorstand gewählt resp. bestätigt, und zwar: Kollege Eugen Schöredt als erster Vorsitzender, Aug. Dohden als zweiter Vorsitzender, M. Adamczewski als Kassierer, A. Drtjen als Schriftführer. Der nächste Punkt betraf einen Protest des Bezirks Barmen gegen das Zirkular 4 des Gauvorstandes. Kollege Schöredt fand es unbegreiflich, wie eine Mitgliedschaft einen solchen Protest einreichen könnte, da es doch schon nach dem Statut die Pflicht einer jeden Mitgliedschaft sei, bei Ausständen usw. vorher die Genehmigung des Gau- resp. Zentralvorstandes einzuholen. Kollege Müller führte an, daß wir gegen den Protest nichts machen könnten; da es statutarische Bestimmung sei, solle Barmen die bezüglichen Anträge zur nächsten Generalverammlung stellen. Er finde den Antrag zwar verständlich und es sei auch eine ganz andre Sache, falls jemand wegen seiner Angehörigkeit oder Tätigkeit für den Verband gemäßigert werde. Zu diesen Fällen hätte selbstverständlich der Ortsvorstand schon das Recht, seine Zustimmung zu einem Ausstände zu geben. Zu dem Antrage Dortmund, Einberufung eines außerordentlichen Gautages, bemerkte Kollege Schöredt, daß sich bereits 2 Bezirke gefunden hätten, welche diesem Antrage zugestimmt hätten und es würde sich schließlich auch der dritte Bezirk finden, sodann dann ein Gautag einberufen werden müßte. Kollege Heinzius ist auch für Einberufung eines Gautages, damit dann betreffs der Tariffage die einzelnen Bezirke ihre Ansichten bekannt geben und so die verschiedenen Punkte geklärt würden, sodann den Delegierten ermöglicht würde, ein einheitliches Bild zu gewinnen. Kollege Müller wies darauf hin, daß die Zeit zu kurz sei und somit ein Gautag erst nach den Tarifverhandlungen stattfinden könne, worauf der Antrag Dortmund mit allen gegen 2 Stimmen abgelehnt wurde. Unter Verschiedenem brachte uns Kollege Müller ein Umlageverfahren in Vorschlag, wonach jedes Verbandsmitglied im Gau Rheinland-Westfalen bei einem Betriebsfälle im Gau 50 Pf. zu zahlen hätte, wofür dann den Hinterbliebenen ein einmaliges Sterbegeld von 1000 Mk. bezahlt werden könne. Er wies darauf hin, daß im Durchschnitt 10 bis 12 Kollegen pro Jahr sterben, nahm aber eine höhere Zahl von 15 an und hätte dann ein jeder Kollege im Jahr 7,50 Mk. zu entrichten. Ferner wies er darauf hin, welchen hohen agitatorischen Wert dieses Verfahren hätte. Der Vorschlag wurde von allen Seiten mit großer Freude begrüßt und ist zu hoffen, daß sich sämtliche Bezirksvereine demselben anschließen werden. Kollege Schöredt dankte Kollegen Müller im Namen der Verammlung für seine gute Idee und wünschte auch, daß dieser Plan verwirklicht werde. Hierauf schloß er mit einem begeistert aufgenommenen dreifachen Hoch auf den Verband die Verammlung.

F. Fulda. Auf sonderbare Weise fand im benachbarten Gersfeld (Rhön) der „Buchdruckerbesitzer“ Konrad Barthelmeß seinen Tod. In der Nacht vom 13. zum 14. März begab er sich auf den Nachhauseweg, fiel, da er sich vielleicht in angeheitertem Zustande befand, in ein kleines Gewässer und kam mit dem Gesicht so zu liegen, daß er ertrank. Er scheint in der Meinung gewesen zu sein, daß er sich zu Hause befinde, denn allem Anscheine nach hat er sich entleiden wollen, da er bereits seine Wille in der Hand hielt. — W. war kein gelernter Buchdrucker und unter diesen auch gar nicht bekannt — pardon — und doch war er bekannt, d. h. nur im Umkreise und nur wegen der aus Komische grenzenden Verhältnisse, unter denen seine Druckerei existierte. Das von W. herausgegebene Gersfelder Blatt wurde von ihm und seinem Sohne geleitet; auch beschäftigte er einen Faktor, Gehilfe, Lehrling, Hauswirtschafter usw., Summa summarum: ein und dieselbe Person. Landwirt von Jugend auf, stand bei W. die Landwirtschaft auch bis zu seinem Lebensabschlusse im Vordergrund: die ihn besuchenden Rhön-touristen führte er zuerst in seinen Stall, wo seine Viehlinge, prämierte und unprämierte Viehdiebstahl, seiner harrten. Auch seinen vielseitigen Gehilfen, an dem die Zivilisation noch nicht zu leden gewagt, kann man jetzt noch zur Zeit der Ernte sehen, wie er, auf einem heimfahrenden Heufuder sitzend, die Peitsche in der Reithand, über das große soziale Elend monologisiert. Wie weit in dieser romantischen „Offizin“ die „freie Richtung“ und die Unhänglichkeit an die Natur auf technischem Gebiete gediehen, kann man am besten daraus ersehen, daß bei einer brieflich zu versendenden Todesanzeige zwischen „Todes“ und „Anzeige“ als Verzierung eine große Sonnenblume prangt! R. i. p.

Hamburg. (Verammlung des Norddeutschen Maschinen-sekretärs am 3. März.) Nach Aufnahme von fünf neuen Mitgliedern verlas der Vorsitzende die von der Kommission ausgearbeitete Begründung der Abänderungsvorschläge zum ersten Teile des Segnmaschinentarifes sowie die Abänderungsvorschläge zum zweiten Teile. Es wurde beschlossen, den so abgeänderten Tarifentwurf mit den Begründungen drucken zu lassen und an die auswärtigen Vereine zu versenden. Die Vereine werden ersucht, diesem Entwurfe zuzustimmen und denselben an die resp. Gehilfenvertreter als Material für die nächste Tarifberatung gelangen zu lassen. Die hiesigen Mitglieder erwarten, daß die auswärtigen Vereine diesem Entwurfe so mehr zustimmen werden, als darin deren Abänderungsvorschlägen im weitesten Maße Rechnung getragen wird. — Unter Verschiedenem wurde unter anderem mitgeteilt, daß ein in einer hiesigen Druckerei arbeitender Kollege in einer Zeitungsdruckerei von dem dortigen Faktor sechs Wochen lang täglich zwei Stunden nach Feierabend an der Maschine ausgeübt wird. Für diese Ausbildung zählt der betreffende Seher dem Faktor ein Honorar von

30 Mk. Bezugs hatet dagegen dem Prinzipale für alle an der Maschine entstehenden Schäden. Dieses Verfahren wurde in längerer Diskussion auf das Schärfste beurteilt. Dann wurde noch beschlossen, die nächste Verammlung des Osterfestes wegen schon am 31. März abzuhalten.

Magdeburg. Eine am 24. Februar hier tagende Verammlung der tariffreien Gehilfen Magdeburgs nahm unter dem ersten Punkte der Tagesordnung durch den Kollegen Gehrt den Bericht der Tariffkommission über deren bisherige Tätigkeit entgegen, der auch eine kurze Lebensfrist über die Ergebnisse der im September v. J. aufgenommenen, sehr detaillierten Statistik brachte, worüber die hauptsächlichsten Ziffern bereits in Nr. 129 v. J. mitgeteilt sind. Nun ausgesprochener Erfolge war eigentlich nur die konsequent durchgeführte Bekämpfung der Lehrlingszwangschaft begleitet, mit alleiniger Ausnahme der im Faberischen Verlage erscheinenden Zeitungen nehmen nunmehr sämtliche hiesige Blätter die bezüglichen Bestimmungen der Tariffkommission auf. Bei denjenigen Firmen, die seither den Tarif weder eingeführt noch anerkannt haben, blieb zwar auch nichts unverändert, doch sind wir außer der Erreichung etlicher Verbesserungen in diesen Druckereien zu einem befriedigenden Endresultate noch nicht gelangt; die hierbei hauptsächlich in Betracht kommenden Druckereien der Magdeburgischen Zeitung und Zacharias sollen nun durch den freundlichen Druck der Zwangsinnung wie durch die versprochene private Einwirkung des Herrn Oberbürgermeisters auf den letztgenannten städtischen Drucker zur tariflichen Reife gebracht werden — wenn nicht, wird die Tariffkommission Mittel und Wege finden, diesen heilsamen Schritt zu beschleunigen, Segnmaschinen sind gegenwärtig hier 13 im Betriebe (6 Linotypen, 4 Typographen, 2 Thorne und 1 Monoline), bei Zacharias ist außerdem 1 Linotype im Anzuge, bei Faber das eine Exemplar der Monoline aber wieder im Abbrücken begriffen. Inwiefern diese Depositionen von Stahl und Eisen die Gehilfenerschaft deprimierend beeinflussen, läßt sich heute noch nicht abschließend beurteilen. Neben manchem hierorts erzielten Fortschritte ist mit her im vorigen Jahre von den Druckereien Goede und Wethe begonnen und diesjährig auch vom General-Anzeiger eingeführten Ferienvergütung ein weiterer erfreulicher Beweis der Sanierung der hiesigen Verhältnisse geliefert. Bei der jodann vorgenommenen Neuwahl der Tariffkommission wurde zunächst deren Erhöhung auf fünf Mitglieder beschlossen und nach danfender Ermahnung der von dem wegen höherer Verpflichtungen zurücktretenden Vorsitzenden Gehrt geleisteten Arbeit die Kollegen Hesselbarth, Krah, Kühnast, Küster und Adolf Reimert in die Kommission gewählt. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete jedoch das Referat unsers Gehilfenvertreters Bötsche über „Die tarifliche Lage und der bevorstehende Ablauf des Tarifes“, mit welchem sich genannter Kollege bei den etwas verwöhnten Magdeburgern auf das Beste einführte. Der Extrakt des Vortrages und der kurzen Diskussion spiegelt sich am besten in nachfolgender, einmütig angenommenen Resolution wieder: Die am 24. Februar 1901 in Richards Festhallen versammelte tariffreie Gehilfenerschaft Magdeburgs beschließt nach Anbörung eines Referates des Gehilfenvertreters des VI. Kreises, indem sie anerkennt, daß die Lage der Gehilfenerschaft eine bessere, namentlich aber stabilere geworden ist, an der Tarifgemeinschaft festzuhalten und demgemäß die Revision des Tarifes zu beantragen, für welche sie in einer später einzuberufenden Verammlung detaillierte Vorschläge machen und dem Gehilfenvertreter einreichen wird. Die heutige Verammlung spricht sich ferner dahin aus, bei der diesmaligen Revision des Tarifes von Umständen auf Verfüzung der Arbeitszeit abzusehen, vielmehr ihre ganze Kraft für eine den gesteigerten Preisen der Lebensbedürfnisse entsprechende Erhöhung der Grundpositionen des Tarifes und des Lokalszuschlages für Magdeburger einzusetzen. Danach steht zu hoffen, daß der Magdeburger Gehilfenerschaft nicht nur die inneren Kämpfe von 1896/97 erparat bleiben, sondern auch mit dem stiefmütterlichen Lokalszuschlag von 8%, Proz. endlich einmal gebrochen wird. — Kollege Herwig brachte schließlich noch einige Daten über die Einhaltung der Bundesratsvorschriften mit dem Ersuchen zur Kenntnis, daß seitens der Gehilfen dieser wichtigen Materie mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden möchte. Angeregt und zugesagt wurde noch eine planmäßige Heranziehung der Nichtmitglieder zur Aufbringung der Mittel für die Tariforganisation. — Zu der bald darauf stattgefundenen ersten Sitzung der Tariffkommission wurde Kollege Küster zum Vorsitzenden gewählt, doch im Interesse einer schnelleren und bequemerem Uebermittlung von Wünschen und Beschwerden beschlossen, den Kollegen die Inanspruchnahme des ihnen jeweilig zunächst erreichbaren Mitgliedes der Tariffkommission zu empfehlen. Etwasige Anträge zur Tarifrevision wollte man auf dem bezeichneten Wege alsbald einreichen, ferner die Adresse des Gehilfenvorsitzenden des hiesigen Tariffschiedsgerichtes (Kompetent für den Regierungsbezirk Magdeburg und das Bezugsgebiet Anhalt) genau merken: Gustav Zobel, Lüneburgerstraße 13.

Rundschau.

Die Typograph-Gesellschaft in Berlin fand uns ein Verzeichnis, aus welchem ersichtlich, daß bis Ende Dezember 321 Typograph-Segnmaschinen geliefert wurden, davon 92 nach dem Auslande. Im Januar und Februar wurden 61 neu- resp. nachbestellt, davon 20 nach dem Auslande.

Der Schweizerische Typographenbund verurteilte im Jahre 1900 folgende Unterfertigungsgeber: Bistum 7406,10, Konditionslosen-Unterfertigung 6603, Umzug- und Abreise-Unterfertigung 943,50, Unterfertigung nach Art. 8 des Statuts 1079, Unvollständigen-Unterfertigung 28418,95, Begräbnis-Unterfertigung 5100, Krankengeld 84465,10 Fr. In Summa 134015,65 Fr. Die Einnahme betrug 151959,20 Fr.

Die Papierfabrikanten haben nach ihrem eignen Geständnisse im letzten Jahre ein brillantes Geschäft gemacht. So schreibt die Papierzeitung in ihrer Nr. 16 u. a.: „Aufträge in Hülle und Fülle und Preise auf einem Höhepunkte, der alle Erwartungen übertrifft.“ Diese willkürliche Preistreibe ist natürlich auf Kosten des Buchdruckgewerbes resp. deren Auftraggeber gegangen.

Die deutschen Papier- und Koubertfabrikanten werden demnächst in Berlin zu einer Konferenz zusammenzutreten, worin darüber beraten werden soll, wie Form und Farbe der Kouberts sowie die äußere Gestaltung von Druckfäßen aller Art, ohne berechtigte industrielle Interessen zu schädigen, den Bedürfnissen einer bequemeren und sicheren Postbeförderung angepaßt werden könnten. In der Konferenz sollen die Unterlagen für eine Verständigung der Papierindustriellen mit der Reichspostverwaltung geschaffen werden. Die Konferenz selbst ist veranlaßt infolge der Klagen, welche der Staatssekretär des Reichspostamtes im Reichstage wiederholt über die Schwierigkeiten erhob, die mit dem Mangel einer einheitlichen Briefform verknüpft sind.

Von der Presse. Vom 1. April ab erscheint in Posen ein von der Generalkommission der Gewerkschaften in polnischer Sprache herausgegebenes Gewerkschaftsblatt. Dasselbe erscheint vierzehntägig und als Redakteur wurde gewählt unser Kollege Sremski, zuletzt in Leipzig. Wir wünschen dem Blatte auf seinem neuen Wege viel Glück. — Auch die nächste der beschlagnahmten Nummer folgende Ausgabe der Königsberger Volkstribüne ist dem Schicksale der polizeilichen Beschlagnahme verfallen. Diesmal soll es sich um eine Beleidigung des Reichsamtes des Innern handeln. Das Schwurgericht in Würzburg hat den Redakteur des Beobachters am Main in Würzburg, Ernst Kley, von der Anklage der Majestätsbeleidigung freigesprochen. Das genannte Blatt hatte die Verleumdung des Schwarzen Adlers ordens an Lord Roberts kritisiert. — Seit dem 1. März erscheint in Paris ein sozialdemokratisches Frauenorgan „Die sozialistische Frau“.

Gelegentlich der Jubiläumssfeier in Bayern wurde eine Amnestie erlassen, wobei sich herausstellte, daß im ganzen Königreiche Bayern nicht ein einziger Preßfänger vorhanden war, sonach auch keiner begnadigt werden konnte.

Frau Dr. Rosa Luxemburg wurde in Hamburg wegen Föhrung eines falschen Namens von der Polizei mit einem Strafmandate bebadt, vom Schöffengerichte jedoch freigesprochen. In dem Gerichtskenntnisse heißt es: „Es sei verboten, daß jemand einen ihm nicht zukommenden Namen führe. Der Mädchenname einer Frau komme dieser aber nach dem Bürgerlichen Gesetzbuche auch noch nach der Verehelichung zu, denn sie dürfe ihn z. B. führen, wenn ihre Ehe wieder geschieden sei. In diesem Sinne habe die Jubilatarin in letzter Zeit schon mehrfach entschieden.“ Luxemburg ist der Mädchenname der Frau Doktor, die sich 1898 mit einem Kaufmann Lübeck verheiratete.

Die Lage des Arbeitsmarktes bleibt unverändert trübe. An den öffentlichen Arbeitsnachweisen Deutschlands, soweit sie an die Berichterstattung der Berliner Halbmonatsschrift Der Arbeitsmarkt angeschlossen sind, drängten sich im Februar um je 100 offene Stellen 146,8 Arbeitssuchende (gegen 113,1 im vorigen Februar). Während im Februar vorigen Jahres in den Krankenkassen die Zahl der Beschäftigten noch um 0,5 Proz. zunahm, ist sie diesmal um 1,3 Proz. zurückgegangen. Im Mittelpunkt der kritischen Erscheinungen steht nach wie vor die Lage der Metall- und Maschinenindustrie, in der die Spannung zwischen niedergehenden Preisen für Fertigwaren und hochgehaltenen Preisen für Rohstoffe immer mehr bedrückende Wirkungen hervorruft. Schon wenden sich in einzelnen Fällen die Rückschlüsse gegen die Rohstoffproduzenten selbst. Die Einschränkung der Produktion auf den Hüttenwerken des luxemburgischen lothringischen Bezirkes deutet auf den Umschwung selbst in der Roheisenindustrie. Dazu kommen die Betriebseinschränkungen der süddeutschen Baumwollspinnerei, die Stöchung im Baugewerbe, die handelspolitischen Bestimmungen gegenüber Rußland u. a. m. Die Befürchtung, daß die Belebung des Geschäftes im Frühjahr ausbleiben wird, wächst nach dem Urteile der genannten Zeitschrift um so stärker, je länger die Rohstoffsubsidate in der Eisenindustrie sich weigern, die Preise herabzusetzen.

Die Firma Wolf in Magdeburg-Buckau hat am letzten Sonntag wegen mangelnder Aufträge 200 Metallarbeiter entlassen.

Berliner Großgeschäfte planen eine einheitliche Geschäftsstundentunde, die auf spätestens 7 oder 7½ Uhr abends festgesetzt werden soll.

Fürsorglich! Damit man sich bis zum Winter daran gewöhnen kann, sollen ab 1. April auch die mitteldeutschen Wohnpreise erhöht werden. Dafür werden aber die Löhne herabgesetzt — und mit dieser herabsetzenden, angeblich göttlichen Weltordnung sollen dann die Arbeiter zufriedener sein.

Wie dem Vorwärts aus Bücklingen a. Saar geschrieben wird, herrscht dort unter den Arbeitern des Hücklingschen Eisen- und Walzwerkes eine große Unzufriedenheit, da am letzten Sonntag unerhört große Lohnföhrungen erfolgten. Es blieben deshalb andern Tag 400 Arbeiter dem Betriebe fern. Die Lohnföhrungen betragen bei den Tagelöhnern bis zu 50 Pf. pro Tag, bei den übrigen Arbeitern sind die Abzüge entsprechend höher. Man vernimmt es, daß auf diese Tatsachen hin die fürsorgliche Regierung im ganzen Hüttenbezirk die Hüttenstationiererei, um „Unruhestörungen“ vorzubeugen? Die Moral von der Geschichte ist aber, daß man nur gewerkschaftlich unorganisierten oder nicht genügend organisierten Arbeitern dieser bieten darf.

Das Landgericht in Plauen i. B. fällt jüngst ein Urteil von prinzipieller Wichtigkeit. Ein Photograph in Reichenbach i. B. hatte am einem Sonntag während des Vormittagsgottesdienstes seine Schaufenster nicht verhängt, weshalb er eine Strafverfügung erhielt. In Verfolg der oerlangten gerichtlichen Entscheidung verurteilte ihn das zuständige Schöffengericht ebenfalls, das Landgericht sprach ihn aber kostenlos frei. Die Schaufenster der Photographen seien nicht als Schaufenster, die eine unmittelbare Aufforderung zum Eintritt in das Lokal bilden, anzusehen, sondern nur als Reklamekästen.

Die Zwangsinnung der Schuhmacher und Sattler in Melle (Hannover) hat sich aufgelöst.

Der Konsumverein Leipzig-Plagwitz hat in den letzten Wochen an etwa 250 bis 300 arbeitslose und in Not geratene Mitglieder „Freibrot“ verteilt im Gesamtwerte von etwa 2000 Mk.

Die Schlächtergesellen Berlins sind eifrig an der Arbeit, die Errichtung eines paritätischen Arbeitsnachweises zu erzielen.

In der Schweiz hat in den letzten Jahren — nach der Berl. Volkszeit. — das Genossenschaftswesen — ganz besonders die Organisation der Konsumisten — eine sehr rasche Entwicklung genommen. Es gibt nur wenige größere Dörfer, welche keinen Konsumverein oder keinen genossenschaftlichen Betrieb aufweisen. Die Konsumvereine haben sich zu einem Verbande zusammengelassen, welcher bereits 130 Vereine zählt, einen eignen Sekretär beschäftigt und ein Wochenblatt herausgibt. Die übrigen Genossenschaften, welche von Landwirten zum Zwecke billigen Einkaufs landwirtschaftlicher Artikel gegründet wurden, haben sich mit den Konsumvereinen vereinigt und einen besondern Genossenschaftsbund organisiert, dem heute so ziemlich alle lebenskräftigen Organisationen angehören. An der Spitze dieser Genossenschaften stehen vielfach Bundesbeamte, Zoll- und Eisenbahnangestellte, Lehrer und Gemeindebeamte. Daß die Kleinverbreitenden namentlich den Konsumvereinen nicht hoch gefehnt sind, ist bekannt, daß aber der republikanische schweizerische Bundesrat den Bundesbeamten und Angestellten namentlich verboten hat, sich an der genossenschaftlichen Bewegung zu beteiligen und Mandate in den Vereinsbehörden anzunehmen, illustriert wieder einmal die vielgerühmte schweizerische Freiheit. Zwar hat dieses Verbot einen Sturz des Unwillens erregt, aber was kümmert das den Bundesrat, er ist, wie die B. V. richtig bemerkt, König!

Die Budgetkommission des Reichstages bewilligte die Forderung von zwei Millionen Mark zur Föhrung der Herstellung geeigneter Kleinwohnungen für Arbeiter und gering besoldete Beamte in den Betrieben und Verwaltungen des Reiches und nahm dazu eine Resolution Singer an, welche die Erwartung ausspricht, daß die bewilligten Summen nur Verwendung finden, wenn bei Festsetzung der Mietpreise der mit Mitteln des Reiches errichteten Wohnungen nur die landesübliche Verzinsung und die Kosten der Verwaltung und Instandhaltung in Anrechnung gebracht werden und daß die Häuser späterhin keinem andern Zwecke dienen dürfen. — Ein Antrag Singer, in den Etat für 1902 eine entsprechende Summe zur Föhrung der Errichtung von Lungenheilanstalten einzusetzen, wurde ebenfalls angenommen.

In der preußischen Regierung soll nach dem Berliner Tageblatte gegenwärtig ein Wohnungsgesetz ausgearbeitet werden.

An die deutschen Frauen richten verschiedene bürgerliche Frauen-Föhrerinnen einen Aufruf, in welchem jene aufgefordert werden, durch zahlreiche Unterschriften unter Petitionen, die allerwärts verbreitet werden, auszubriden: „Wir Frauen wollen nicht, daß die Lebensmittelpreise künstlich gesteigert werden; wir wollen nicht, daß das Hauptnahrungsmittel des Volkes, das Brot, verteuert wird.“

Lohnbewegung. In Bremen sind die Schneidev von den Unternehmern ausgesperrt worden. In Eisenach, Hannover und Mittweida traten dieselben in die Lohnbewegung ein, in Nürnberg ist es bereits zur Klöndigung gekommen und auch in Weimar dürfte es ohne Streik nicht abgehen. Im Textilgewerbe triffet es ebenfalls gewaltig. Hier handelt es sich um Abwehr der Lohnföhrung. So sind besonders in der Rauff's mehrere Streiks dieserhalb ausgebrochen, es mügen dort etwa 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausständig sein. Auch in Rendsburg streiken 52 Weber wegen Lohnföhrungen, ferner in Würscheid solche gegen Lohnföhrung und in Hirsien die Arbeiter einer Fabrik gegen Verlängerung der Arbeitszeit, während in zwei dortigen Webereien 10 Proz. Lohnföhrung gefordert wird. In Upoda griffen die Tabakarbeiter einer Firma zum Mittel des Streiks. Aus Berlin ist die Fortdauer des Streiks der Fabrikfabrikmacher zu melden. Die Schuhfabrikanten sollen erneut

beschlossen haben, sämtliche Arbeiter auszusperrern, soweit sie dem Vereine deutscher Schuhmacher angehören. In Braunschweig, Breslau und Potsdam haben die Tapezierer gekündigt. In Hamburg traten die Bühnenarbeiter in Lohnbewegung, in Lechhausen die Metallföhrer.

Die Bergarbeiter in Montceau-les-Mines haben das in voriger Nummer erwähnte Angebot der Unternehmer abgelehnt. Der Streik dauert demnach fort. Die Differenzen zwischen Föhrung und Bewilligung sind unerheblich. Der negative Beschluß dürfte lediglich der Ankündigung der Direktion zuguzurechnen sein, infolge Arbeitsmangels eine größere Anzahl Arbeiter nicht einstellen zu können, worin man eine allgemeine Maßregelung erblickt. Der Hafenarbeiterstreik in Warfesse nimmt an Ausdehnung zu. Die verchiedenen Branchen schließen sich dem Streik an.

Bei der letzten Aussperrung der Buchbinder in Leipzig soll ein Streik einer Arbeiterin bedroht haben. Trotz der unklaren Sachlage wurde der Angeklagte zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Vom Postzement der Stadt Leipzig sind „mit Rücksicht auf den Verkauf der beiden bisher abgethanen Arbeitslofenverammlungen und vor allem mit Rücksicht auf die unerlaubte Straßendemonstration“ alle weiteren Arbeitslofenverammlungen verboten worden.

Wegen Beleidigung der katholischen Geistlichkeit ist der frühere freireligiöse Prediger Wolfsdorfs-Halle zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Die Petitionskommission des Reichstages ist über eine Reihe von Petitionen, welche die Einführung der Prügelstrafe „in Fällen sittlicher Rohheit des Thäters“ beantragten, einstimmig zur Tagesordnung übergegangen.

Im Fürstentume Sondershausen sind an den Staatsschulen die öffentlichen Prüfungen vor Oftern abgegeschafft worden. Einen besondern Wert haben diese öffentlichen Prüfungen überhaupt nicht.

Stumpfjinn! Ein Neffe des berühmten Burenführers Christian De Wet war kürzlich der englischen Gefangenschaft entronnen und hielt gelegentlich seiner Rückreise auf den Kriegsschauplatz einen Vortrag in Berlin, nach dessen Beendigung die Damen (nebenbei bemerkt, der besjergeliebten Gesellschaft) die Tribüne stürmten, um dem jungen De Wet — Aufsichtspostkarten zur Unterzöhrift vorzulegen.

In Berlin beleidigte im Zustande der Trunkenheit ein Oesterreicher den Kaiser Franz Josef. Das Landgericht verurteilte ihn den Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Brr! Eine Anzahl polnischer Gymnasialisten soll wegen Geheimbündelei unter Anklage gestellt sein. Auf das Culmer Gymnasium sollen allein vierundföhrzig entlassen; die übrigen sollen Schüler der Gymnasien in Strassburg, Ostrrow, Graudenz, Bromberg und Mogasen sowie Injasen der Priesterseminare in Pölseln und Posen sein.

Wegen Beleidigung eines Amtsvorpresers, geschehen in einer Versammlung, wurde der Bergarbeiter Pokorny in Zwickau zu 60 Mk. Geldstrafe verurteilt. — Wegen Mißhandlung eines Arbeitswilligen wurden in Hamburg drei Werftarbeiter zu 6 Wochen, 2 und 9 Monaten Gefängnis verurteilt.

Gingänge.

Der Arbeitsmarkt, Herausgeber Dr. J. Jatzrow, Verlag von Georg Reimer in Berlin, entfällt in Nr. 12 unter anderm: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes (siehe oben), Arbeitslofenzählung in Deutschland und im Auslande, Stand der Gewerkschaften in Deutschland und Oesterreich, Jahresberichte über den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt, Situationsberichte aus einzelnen Gewerben, Plätzen und Ländern, Statistisches Monatsmaterial usw. — Beilage: Mitgliederliste des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise nebst zahlenmäßigen Angaben über Februar 1901.

Die Arbeiterverbrüderung 1848/1849. Aus den Klaffenkämpfen der deutschen Revolution. Von Dr. Quard. (Frankfurt a. M., Verlag von Wilhelm Oerhold, Friebergger Landstraße 125.) Gelegentlich der Märzfeier wird erneut auf dieses bereits im vorigen Jahre erschienene Buch aufmerksam gemacht. Dasselbe enthält auf 144 Seiten eine Geschichte der ersten allgemeinen deutschen Arbeiterorganisation mit klaffenbewußt revolutionärem Charakter sowie ihres Föhrers, des Schriftsetzers Stephan Born, ihres Blattes und ihrer Agitation mit zahlreichen Proben im Originaldrucke.

Briefkasten.

Dresden, Verein der St. u. G.: Insetat erst Freitag eingegangen. — B. in N.: Wir haben nichts dagegen und die dortige Polizei wohl auch nicht. — N. in Braunschweig: In Nr. 1: 4,50, Nr. 30: 3,35, Nr. 7,75 Mk. — Wiesbaden: 1,70 Mk. — N. in Hamburg: 4 Mk. (nicht 4,50 Mk.).

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung.

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß Mitglieder aus andern Druordern zwecks Ausbildung an der Segmaschine nach Berlin kamen, die Beiträge nach dem seitherigen Konditionsorte weiter zahlten, da sie nach Abschloerung ihrer Lehrzeit an der Segmaschine wieder in ihre bisherige Kondition eintraten, es jedoch unterließen,

